

**Gegenstand: Zuwendung an Umweltorganisationen**  
**Vorlage: 0213/2005**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Stadtverwaltung Speyer vergibt jährlich eine Zuwendung an Umweltorganisationen in Höhe von 250 €. Es wurde durch die Tagespresse und durch Anschreiben an ca. 10 Umweltverbände aufgerufen, sich zu bewerben. Die Forschungswerkstatt Natur-Kunst-Technik e.V. hat sich als einziger Verband beworben, somit lautet der Vorschlag, diesem Verband die 250 € zukommen zu lassen. Das wird einstimmig beschlossen.

Herr Wunder regt an, in Zukunft die Vergabe anders zu handhaben, z. B. indem man diese Zuwendung mit dem Umweltpreis, der von der Stadtverwaltung Speyer vergeben wird, zusammenlegt oder die Vergabe nur jedes zweite Jahr macht.

Dieses Thema soll in der März-Sitzung noch einmal aufgegriffen werden.

**Beschluss:**

Der Umweltausschuss beschließt einstimmig, die Zuwendung in Höhe von 250,00 € an die Forschungswerkstatt zu vergeben.

II. In Abdruck an FB 2/250 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung

III. z.d.A.

**Speyer, den 06.01.2006**  
**Stadtverwaltung**

**Rolf Wunder**  
**Beigeordneter**

**Gegenstand: Geplante Maßnahmen an geschützten Bäumen (Domgarten) sowie an Straßenbäumen**  
**Vorlage: 0214/2005**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Zu diesem Thema wurde den Ausschussmitgliedern mit der Einladung eine Vorlage zugesandt. In der Vorlage sind die Maßnahmen an geschützten Bäumen, die geplanten Baumfällungen an Straßenbäumen und die Baumplantagen 2005/2006 aufgeführt.

Herr Schwendy von der Stadtgärtnerei erklärt, dass die Bäume im Domgarten durch die Stadtgärtnerei und durch einen Gutachter intensiv begutachtet worden sind und führt aus, welche Maßnahmen an den jeweiligen Bäumen durchgeführt werden. Die zwei Kastanien und die Hainbuche können durch Pflegemaßnahmen erhalten werden, im Gegensatz zum Silberahorn (Domgarten) und der Säulenpappel im Woogbachtal. Aufgrund von erheblichen Schäden an diesen Bäumen ist es nicht mehr möglich, sie durch Pflegemaßnahmen zu retten, diese müssen gefällt werden.

Des Weiteren informiert Herr Schwendy den Ausschuss über die Fällungen von Straßenbäumen, diese sind insgesamt nicht geschützt. Auffällig hierbei ist, dass es sehr viele Robinien sind, die gefällt werden müssen, der Grund dafür ist Pilzbefall am Wurzelhals, dieser führt zum Absterben der Bäume. Um der Verkehrssicherungspflicht der Stadtverwaltung Speyer nachzukommen, müssen diese Bäume gefällt werden. Bei den Neupflanzungen wird verstärkt darauf geachtet, mehr unterschiedliche Baumarten zu pflanzen, damit in Zukunft bei einer Einzelkrankheit nicht so viele Bäume betroffen werden.

Herr Wierig regt an, mehr heimische Bäume zu pflanzen. Herr Schwendy erklärt, dass das nicht immer geht: Zwar werden im Außenbereich viele heimische Arten gepflanzt, im Innenstadtbereich ist es jedoch problematisch, da hier ganz andere Standortbedingungen vorliegen. Aufgrund der Trockenheit und der Hitze im Sommer sind Baumarten aus den südlichen Regionen besser geeignet.

Frau Wittner fragt, ob bei den neuen Baumpflanzungen im Straßenbereich mehr Raum für die Wurzeln gelassen wird. Herr Schwendy führt aus, dass dies berücksichtigt wird, soweit es finanziell möglich ist. Das ist nicht bei allen Bäumen möglich, weil für das Haushaltsjahr 2006 für die Verbesserung von Baumstandorten statt der beantragten 150.000 € nur 10.000 € eingestellt wurden. Somit sind für die Verbesserung von ca. 6-8 Baumstandorten Mittel vorhanden, statt wie vorgesehen für 100.

Der Ginkgo-Baum, der am Platz der Stadt Chartres steht und eine große symbolische Bedeutung für die Städtepartnerschaft hat, ist durch Vandalismus extrem beschädigt worden. Er soll durch einen gesunden großen Baum ausgetauscht werden. Gegen die Verantwortlichen wird zwar Strafanzeige gestellt, es ist jedoch unwahrscheinlich, dass man die Verantwortlichen findet. Solche Verfahren werden meist eingestellt.

Das Thema „Baumpatenschaften“ soll bis zum Sommer geklärt werden. (Hier sollen Bürger angesprochen werden, die bereit wären, eine Patenschaft für Bäume zu übernehmen und diese in heißen Sommertagen zu gießen.)

Herr Behr zeigt anhand einer Power Point Präsentation, dass im Reffenthal eine Pyramidenpappel und ein Ahornbaum zu fällen sind; im Woogbachtal muss eine Pappel entfernt werden. (Diese ist bereits von Herrn Schwendy erwähnt worden.)

Wenn die Möglichkeit besteht, wird man die Pappel im Reffenthal als Totholz liegen lassen.

Bei der Unteren Naturschutzbehörde liegt eine Anfrage des Landesforstes vor, dieser beabsichtigt, am Ufer des Berghäuser Altrheins drei Weiden auf „Kopf zu setzen“ und eine Pappel zu entfernen. Die Untere Naturschutzbehörde wird diese Anfrage an die SGD-Süd weiterleiten, diese ist zuständig, weil es sich hier um ein FFH – Gebiet handelt. Die SGD- Süd soll prüfen, inwieweit die prioritären Biotope betroffen sind.

Herr Wunder informiert die Umweltausschusmitglieder, dass bezüglich der rechtswidrigen Fällung der Schwarzpappel im Reffenthal sich Folgendes ergeben hat: Die Kreisverwaltung Rhein-Pfalz-Kreis hat gegen die Bundeswehr ein Bußgeld verhängt.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage ohne Gegenstimmen zustimmend zur Kenntnis.

- II. In Abdruck an FB 5/551 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung**
- III. In Abdruck an FB 2/252 - zur Kenntnis und weiteren Veranlassung**
- IV. z.d.A.**

**Speyer, den 06.01.2006**  
**Stadtverwaltung**

**Rolf Wunder**  
**Beigeordneter**

**Gegenstand: Sachstandsbericht zum Aktionsplan Feinstaub**

Herr Wunder führt aus, dass es im Jahr 2005 bisher an 18 Tagen Überschreitungen der Grenzwerte für die Feinstaubbelastung bei jährlich erlaubten 35 Überschreitungstagen gab. Somit ist es relativ sicher, dass in diesem Jahr die Grenze von 35 Überschreitungen nicht erreicht wird.

Die Stadtverwaltung Speyer wird in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht einen Aktionsplan erstellen. Der Plan beinhaltet Maßnahmen, die zu treffen sind, wenn die Stadt Speyer sich der Grenze von 35 Überschreitungen nähert. Solche Maßnahmen können z.B. das Umleiten von LKWs oder das häufigere feuchte Kehren der Straßen sein.

Frau Kruska erläutert, dass schon viel Material zusammengetragen worden ist. Es wurde im Bereich der Kreuzung St. Guido-Stifts-Platz eine Kontaktschleife aktiviert, so dass wir über eine Verkehrszählung im Bereich der Messstelle verfügen. Es wurden auch bereits erste Auswertungen vorgenommen, somit konnte ein Kontext zwischen der Kurve der Feinstaubbelastung und der Verkehrsbelastung im Verlauf eines Tages hergestellt werden. Weiterhin wurden Daten bzgl. der Feuerstätten im 500 Meter-Radius um die Messstelle gesammelt, da man weiß, dass die Verbrennung von Kohle und Holz mehr zur Feinstaubbelastung beiträgt als die Verbrennung von Öl und Gas. Im Altbaubestand des Plangebietes haben wir einen relativ hohen Anteil von Festbrennstofföfen, ganze 14,5 %. Diese und alle weiteren Besonderheiten, die zur Feinstaubbelastung beitragen können, wie z.B. die Verkehrsführung, wurden zusammengetragen. Der Aktionsplan für die Stadt Speyer soll voraussichtlich im Jahr 2006 fertig gestellt werden. Mitarbeiter des Landesamtes für Umweltschutz haben sich bereit erklärt, den Entwurf im Umweltausschuss vorzustellen und zu diskutieren.

Es wird dann ein öffentliches Auslegungsverfahren geben, damit die Träger öffentlicher Belange und Bürger sich zum Aktionsplan äußern können.

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

**II. In Abdruck an FBL 2 - zur Kenntnis**

**III. z.d.A.**

**Speyer, den 06.01.2006**  
**Stadtverwaltung**

**Rolf Wunder**  
**Beigeordneter**

**Gegenstand: Sachstandsbericht zur Sperrung des südlichen Auwaldes für PKW**

Zu der Sperrung des südlichen Auwaldes für den allgemeinen PKW-Verkehr ist eine positive Bilanz zu ziehen, so haben die Mengen des wilden Mülls im dortigen Bereich stark abgenommen. Es gab an der Schranke keine Beschädigungen oder Vandalismus.

Die Vergabe der insgesamt 60 Schrankenschlüssel an organisierte und nicht organisierte Angler wird von dem Verein Petri Heil koordiniert, einige Schlüssel wurden auch an die zwei anderen Speyerer Angelvereine gegeben. Es soll Ende des Jahres ein Gespräch mit den Vereinen über diesen Probelauf stattfinden, dort werden die Erfahrungen der Angler erörtert und über mögliche Verbesserungsvorschläge diskutiert.

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zustimmend zur Kenntnis.

- II. In Abdruck an FBL 2 - zur Kenntnis
- III. In Abdruck an FB 2/252 - zur Kenntnis
- IV. In Abdruck an FB 2/255 - zur Kenntnis
- V. z.d.A.

**Speyer, den 06.01.2006**  
**Stadtverwaltung**

**Rolf Wunder**  
**Beigeordneter**

**Gegenstand: Information über das neue Landesabfallwirtschaftsgesetz und das neue Umweltinformationsgesetz**

Die Kommunen sind weiterhin zur Einsammlung des wilden Mülls verpflichtet, die Entsorgungsbetriebe müssen den wilden Müll künftig kostenlos entgegennehmen. Diese Entsorgungskosten kann nun in die Kalkulation der Abfallgebühren mit eingerechnet werden. Dies entlastet den städtischen Haushalt jedoch kaum, denn die Sammelkosten sind um ein Vielfaches höher als die Entsorgungskosten und sind von der Kommune weiterhin zu tragen.

Frau Kruska stellt dem Umweltausschuss das neue Umweltinformationsgesetz vor: Die Stadtverwaltung Speyer war bisher verpflichtet, auf Anfragen den Bürgern Umweltinformationen zukommen zu lassen. Durch die neue EU-Richtlinie und das neue Bundes- sowie Landesgesetz entstehen für die Stadtverwaltung weitergehende, neue Verpflichtungen. Diese erstrecken sich nun auf die gesamte Verwaltung, also auf alle Verwaltungszweige, bei denen Umweltdaten im weitesten Sinne vorliegen. Die Verwaltungszweige sind zur aktiven Information der Bürger verpflichtet, einer Anfrage seitens der Bürgerschaft bedarf es nicht mehr. Die Informationen sollen durch das Internet zugänglich gemacht werden. Die Kosten trägt die Kommune.

Der Ausschuss nimmt die Information zustimmend zur Kenntnis.

- II. In Abdruck an EBS - zur Kenntnis
- III. In Abdruck an FB 2/254 - zur Kenntnis
- IV. z.d.A.

**Speyer, den 06.01.2006**  
**Stadtverwaltung**

**Rolf Wunder**  
**Beigeordneter**

**Gegenstand: Verschiedenes**

- a) Information über den Bebauungsplan Schlangenwühl Nord / Überbauung des Hochgestades durch Erweiterung Aldi**
- b) Frage der Beteiligung des Umweltausschusses an Bebauungsplanverfahren**
- c) Dreck-Weg-Tag 2006**

**a) Information über den Bebauungsplan Schlangenwühl Nord/ Überbauung des Hochgestades durch Erweiterung Aldi**

Die planungsrechtliche Situation sieht folgendermaßen aus: In diesem Bereich stoßen drei Bebauungspläne aneinander. Der alte Bebauungsplan „Alte Speyerer Weide“ von 1971 umfasst von Süden her das Aldi-Gelände. Damals gab es noch keine Landschaftsplanung im Rahmen der Bebauungsplanung, wahrscheinlich kam es deswegen zu dieser Flächenausweisung, bei der das Hochgestade überbaut wurde. Die Aldi-Erweiterung erstreckt sich östlich in das Plangebiet „Schlangenwühl Nord“. Der neue Bebauungsplan „Alte Speyerer Weide“ von 1995 weist nördlich des Aldi-Geländes noch eine weitere Baufläche im Bereich der Terrassenkante aus, enthält aber darüber hinaus auch Festsetzungen zum Erhalt des sich nördlich anschließenden noch verbliebenen Hochgestades.

**b) Frage der Beteiligung des Umweltausschusses an Bebauungsplanverfahren**

Der Stadtrat entscheidet über Bebauungspläne, die Vordiskussion findet im Bau- und Planungsausschuss statt, der eine Empfehlung abgibt. Des Weiteren gibt die Abteilung Umwelt und Forsten umweltrelevante Stellungnahmen im Laufe der Bebauungsplanverfahren ab. Herr Wunder macht darauf aufmerksam, dass es jedem Ratsmitglied frei steht, in alle Ausschusssitzungen zu gehen und dass es den Umweltausschussmitgliedern, die nicht gleichzeitig Ratsmitglieder sind, frei steht, die Kollegen vom Bau- und Planungsausschuss anzusprechen, damit sie den Umweltgedanken in ihren Entscheidungen berücksichtigen können. Weiterhin wird der Landespflegebeirat regelmäßig an Bebauungsplanverfahren beteiligt. Deswegen hält er die Beteiligung des Umweltausschusses an Bebauungsplanverfahren für wenig sinnvoll.

Die verschiedenen Möglichkeiten der Information bzw. Beteiligung des Umweltausschusses an Bebauungsplänen bzw. den landespflegerischen Planungsbeiträgen wird ausführlich erörtert. Der Vorschlag, evtl. einen „Unterausschuss“ zu gründen, muss noch überdacht werden. Man einigt sich darauf, bis zur März-Sitzung zusammenzutragen, welche Bebauungsplanverfahren derzeit anstehen, um dann die Diskussion weiterführen zu können.

**c) Dreck-Weg-Tag 2006**

Aufgrund der umfangreichen Vorarbeiten zum Rheinland-Pfalz-Tag im Mai 2006 ist es leider nicht möglich, den Dreck-Weg-Tag im März 2006 seitens der Stadtverwaltung Speyer zu organisieren.

Der Ausschuss nimmt die Punkte zustimmend zur Kenntnis.

**II. In Abdruck an FB 5 - zur Kenntnis**

**III. z.d.A.**

**Speyer, den 06.01.2006  
Stadtverwaltung**

**Rolf Wunder  
Beigeordneter**



7. Sitzung des Umweltausschusses der Stadt Speyer am 24.11.2005



7. Sitzung des Umweltausschusses 24.11.2005 **Rolf Wunder**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!